

K-6 Kapitel 5: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.11.2022
Tagesordnungspunkt:	TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung
Status:	Modifiziert

1 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
 2 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
 3 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
 4 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
 5 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
 6 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
 7 vor der grünen Regierungsverantwortung.

8 Berlin war heruntergewirtschaftet

9 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
 10 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
 11 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
 12 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigenen Wohnungsunternehmen
 13 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) und „Gemeinnützige Heimstätten-
 14 , Spar- und Bau-Aktiengesellschaft“ (GEHAG), die mittlerweile zum Verbund der „Deutsche
 15 Wohnen SE“ gehören. Regelmäßige Entwicklungskonzepte für die Bezirke und die Stadt und die
 16 Sicherung von Flächen für soziale Infrastruktur waren Fremdwörter – stattdessen wurden
 17 Schulstandorte verkauft. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt*innen weit hinter der
 18 Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, der Begriff Digitalisierung war für große Teile
 19 der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am
 20 Horizont erkennbar.

21 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

22 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit
 23 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt.
 24 Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar
 25 um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu
 26 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die
 27 Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt
 28 Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister,
 29 alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames
 30 Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt
 31 müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und
 32 Bezirksebene weiter zügig umsetzen.

33 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

34 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
 35 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
 36 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
 37 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den
 38 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner
 39 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei

40 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
41 kooperieren.

42 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

43 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
44 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
45 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
46 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
47 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

48 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

49 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
50 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
51 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
52 wir die sogenannte „gesamtstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu Themen
53 und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
54 Planungen und Strategien entwickeln und entsprechende Zielvereinbarungen zur Umsetzung
55 schließen. Um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen gesetzten Ziele
56 eingehalten werden, wollen wir hierfür die Fachaufsicht der jeweils zuständigen
57 Senatsverwaltung wieder einführen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
58 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
59 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir sehen den
60 demografischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. Damit frischer Wind in
61 die Verwaltung kommt, machen wir das Land Berlin zu einem attraktiven Arbeitgeber, bei dem
62 sich Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir richten das Arbeitsumfeld auf die
63 Bedürfnisse der Menschen aus: Mit zeitgemäßer Arbeitsplatzausstattung, flexiblen
64 Arbeitsmodellen und neuen Raumkonzepten für kreatives Arbeiten und zum Austausch unter
65 Kolleg*innen werden wir neue kluge Köpfe werben und binden, Motivation und Eigeninitiative
66 fördern und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser
67 Stadt längst ist.

68 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

69 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken,
70 so dass die Bezirke über die Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen,
71 tatsächlich vor Ort entscheiden können. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach
72 Parteienproporz besetzen, sondern eine echte „Bezirksregierung“ schaffen, also ein
73 Bezirksamt mit klaren Verantwortlichkeiten für die Entscheidungen auf der einen Seite und
74 klarer Oppositionsrolle der nicht im Bezirksamt vertretenen Parteien auf der anderen, die
75 dafür zusätzliche Rechte für ihre Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
76 erhalten. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“ wird für die Bürger*innen
77 ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht einher, dass wir die
78 Bezirksverordnetenversammlungen stärken wollen, zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr
79 ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben. Für die dafür erforderlichen
80 Änderungen in der Verfassung werden wir uns einsetzen.

81 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
82 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
83 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
84 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der
85 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt
86 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad

87 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
88 und vielfältige Hauptstadt.

89 5.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und gerechter machen

90 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
91 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
92 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
93 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
94 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
95 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
96 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
97 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Es wäre die falsche Antwort, die Kosten der
98 Krise mit überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, da sie die Krise nur noch teurer
99 macht. Daher bleiben wir auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen
100 Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die
101 Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu
102 investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade im
103 Bereich der Förderungen bleibt im Moment noch zu viel Fördergeld ungenutzt. Wir wollen die
104 Strukturen der IBB reformieren, um zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes
105 liegen zu lassen.

106 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

107 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
108 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
109 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
110 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
111 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
112 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
113 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
114 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

115 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
116 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen und dabei neue Formen der
117 wirtschaftlichen Beteiligung von Bürger*innen etablieren. Weil Grundversorgung in
118 öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische
119 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige
120 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
121 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt
122 und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die
123 BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze
124 ausweiten. Wir werden daher auch prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG unseren
125 energie- und klimapolitischen Zielen in Kooperation mit den Berliner Stadtwerken zuträglich
126 ist. Zur langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes und zur Sicherung einer
127 guten sozialen und grünen Infrastruktur streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller
128 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grund und Boden für das
129 Gemeinwesen und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte.
130 Bei Vergabeverfahren setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public
131 Private Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für
132 die öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen
133 sind zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbieter*innen und Rathäusern zur

134 Energieeinsparung (Energie-Contracting) oder genossenschaftliche Beteiligungen von
135 Bürger*innen. Sie können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

136 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

137 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
138 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
139 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein Klima-Budget für die Haushalte
140 in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem
141 davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer
142 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere
143 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
144 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
145 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
146 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
147 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
148 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
149 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
150 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
151 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

152 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

153 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
154 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
155 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
156 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Dazu gehört die progressive Ausgestaltung der
157 Grunderwerbsteuer ebenso wie die Prüfung von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der
158 Grundsteuer. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil
159 am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu
160 orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu
161 gegründeten landeseigenen „Berliner Bodenfonds“ ausbauen und dabei mit
162 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

163 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Künftige
164 Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten. In den vergangenen Jahren
165 haben wir das Gender-Budgeting-Verfahren in Berlin novelliert und weiter vorangetrieben. In
166 der nächsten Legislaturperiode werden wir die Berliner Finanzpolitik durch ein
167 geschlechterspezifisches Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat, einen
168 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
169 der Verwaltung noch geschlechtergerechter gestalten. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass
170 sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung
171 widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen
172 Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger*innenhaushalt auch
173 auf Landesebene ein.

174 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
175 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
176 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur
177 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen, auch um die
178 Schuldenbremse für die Länder flexibler zu gestalten. Wir wollen die Einführung einer neuen
179 Vermögensteuer zugunsten der Länderhaushalte, nicht nur um der immer größeren Ungleichheit
180 von Vermögen entgegenzuwirken, sondern auch um die notwendigen Bildungsaufgaben von der Kita
181 bis zur Hochschule zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für die Einführung einer

182 Anzeigepflicht für sogenannte Steuergestaltung und ein Bundesfinanzamt für (internationale)
183 Konzerne und Einkommensmillionär*innen ein, um Steuereinnahmen wirkungsvoll zu sichern, und
184 wir werden keinen Steuerreformen zustimmen, die zu Mindereinnahmen führen und die Schere
185 zwischen Arm und Reich vergrößern.

186 5.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig

187 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
188 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
189 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die
190 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
191 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten
192 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
193 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
194 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
195 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
196 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
197 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
198 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden, ermutigt und in die Lage versetzt
199 werden, neue, bessere und schnellere Konzepte auf dem Weg zu diesem Ziel in die Umsetzung zu
200 bringen. Hierfür werden wir die enormen Hebelwirkungen als größte Arbeitgeberin Berlins
201 nutzen.

202 Gesamtstädtische Steuerung als gemeinsames Handeln – die Beziehungen von Land und Bezirken 203 neu ordnen

204 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
205 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
206 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
207 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
208 Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung ressort- und ebenenübergreifende
209 Zielvereinbarungen treffen. Diese Zielvereinbarungen berücksichtigen neben quantitativen
210 auch qualitäts- und wirkungsorientierte Aspekte öffentlicher Leistungserbringung, die
211 gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell
212 und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

213 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
214 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
215 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
216 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
217 im Abgeordnetenhaus möglich.

218 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

219 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
220 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele
221 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Ihnen zustehende
222 Leistungen sollen den Bürger*innen wo möglich proaktiv vorgeschlagen werden, die nötigen
223 Anträge fristgerecht schon vorausgefüllt mit den vorhandenen Daten der Bürger*innen
224 bereitstehen. Auf dieser Grundlage werden wir die Mehrsprachigkeit von Bürger*innendiensten
225 sowie Beratungs- und Informationsangeboten ausbauen. Das ist komfortabel für die
226 Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren
227 Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern. Die bestehende

228 Ordnungsamt-App wollen wir zu einem umfassenden „Mängelmelder“ weiterentwickeln, um die
229 Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zu modernisieren.

230 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
231 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
232 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
233 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
234 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen. Um Daten
235 systematisch zu erfassen und möglichst unabhängig nutzen zu können, wollen wir Datenhoheit
236 bei bestehenden Verträgen mit privaten Anbieter*innen prüfen und bei neuen sicherstellen.
237 Mit dem digitalen Bauamt beschleunigen wir energetische Modernisierungen und die Schaffung
238 bezahlbaren Wohnraums. Das Wohnungs- und Mietkataster ermöglicht eine effektive
239 wohnungspolitische Kontrolle.

240 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
241 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
242 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur, die mit
243 Durchgriffsrechten, Ressourcen und Budget ausgestattet ist. Damit das Zusammenspiel gut
244 funktioniert, werden wir den aktuellen Prozess zur Schaffung klarer IT-Rollen und einer
245 sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen weitertreiben und die
246 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen. Bis 2026 wollen wir alle
247 öffentlichen Gebäude ans Berliner Landesnetz angeschlossen haben und wir werden dafür
248 prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen das Verlegen der fehlenden Glasfaserkabel
249 schneller meistert. Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der
250 Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben
251 Bürger*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare
252 Verantwortlichkeiten, „Privacy by Design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e
253 gut ausgestattete*r IT-Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller
254 Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und
255 Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel
256 Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem
257 Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

258 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
259 auch für die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
260 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden. Für neue
261 Vorschriften – von Gesetzen über Verordnungen bis hin zu Verwaltungs- und
262 Ausführungsvorschriften – soll es künftig einen Digitalisierungs-Check geben, damit wichtige
263 Fragen zur Umsetzung nicht viel zu spät gestellt werden und dann die Verwaltung überfordern
264 – sondern stattdessen „digital ready“ zur Verwaltungskultur wird. Schon für die Rechtsetzung
265 fordern wir daher digitaltaugliche Entscheidungen, in denen Recht, Organisation und IT von
266 Anfang an zusammen gedacht und multiprofessionell angegangen werden.

267 Diskriminierungsfreiheit bei Anwendung Künstlicher Intelligenz

268 Automatisierte Systeme und Künstliche Intelligenz (KI) können auch in der Berliner
269 Verwaltung einen wertvollen Beitrag leisten, wenn ihr Einsatz strengen Kriterien unterliegt,
270 um Diskriminierungsfreiheit und Transparenz sicherzustellen. Forschungsvorhaben und Start-
271 ups mit entsprechenden Schwerpunkten sollen besonders gefördert werden. Für den Einsatz von
272 KI in der öffentlichen Verwaltung sollen qualitätssichernde Prozesse, Tests und
273 Dokumentationspflichten vorgegeben werden, die die Entwicklung von möglichst objektiven,
274 gesetzeskonformen Algorithmen dokumentieren. Algorithmen und KI müssen auf ihre

275 Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar werden. Dieser Prozess beginnt bereits bei der
276 Auswahl der Entwicklungsteams.

277 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

278 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
279 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
280 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
281 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
282 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
283 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
284 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
285 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangebote oder Möglichkeiten, die Laufbahn zu
286 wechseln, attraktive Perspektiven schaffen. Darüber hinaus werden wir die
287 Einstellungsverfahren in der städtischen Verwaltung weiter beschleunigen.

288 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)
289 Behörden

290 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
291 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
292 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
293 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
294 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
295 potentiell Betroffener sicherstellen.

296 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
297 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
298 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
299 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
300 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

301 5.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser Zusammenleben

302 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
303 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
304 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
305 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die
306 Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25
307 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg
308 fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger*innendienstleistungen
309 in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie
310 mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

311 Soziale und ökologische Qualität in die Finanzierung der Bezirke integrieren!

312 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist zu einseitig an den Preisen ihrer
313 Dienstleistungen bzw. Produkte orientiert. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk
314 preiswerter erfüllt wird, besteht die Gefahr, dass andere nachziehen und die Qualität der
315 Leistungen sinkt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die mit der Kosten- und
316 Leistungsrechnung (KLR) verbundene Finanzierung (= Budgetierung) neu aufstellen. Wir wollen
317 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen, denn sie sind auch ein
318 Merkmal guter Politik. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der sozialen
319 Infrastruktur. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes
320 Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Dazu müssen die Finanzausweisung

321 an die Bezirke und die Verteilung der Mittel innerhalb der Bezirke die soziale und
322 ökologische Qualität der Dienstleistungen ebenso berücksichtigen wie deren Mengen und
323 Kosten. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel geschlechtergerecht
324 eingesetzt werden, wollen wir weiter stärken.

325 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
326 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
327 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
328 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
329 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

330 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
331 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
332 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
333 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir ausprobieren, ob
334 und wie Kultur- und Weiterbildung und die mit den stadtweiten Zielvereinbarungen verbundenen
335 Aufgaben aus der Globalsummen-Budgetierung herausgenommen und stattdessen die Zuweisungen
336 in
336 anderer Form berechnet werden können.

337 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

338 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
339 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel
340 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch
341 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr
342 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

343 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel
344 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig gesetzlich festgeschrieben an der
345 Erarbeitung und Bewirtschaftung der Bezirksplanfonds beteiligen. Wir wollen ein
346 Bezirkefinanzierungsgesetz beschließen, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der
347 finanziellen Zusammenarbeit zwischen Senat und den Bezirken festzuschreiben. Unrealistische
348 Einnahmenvorgaben wollen wir so vermeiden und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen –
349 inklusive höherer Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Die eigenständige
350 ämterübergreifende räumliche Entwicklungsplanung zur Konkretisierung der Berliner
351 Flächennutzungsplanung (FNP) und zur damit begründeten Sicherung von Flächen für das
352 Gemeinwohl und den Ausbau sozialer und grüner Infrastruktur muss wieder personell und
353 finanziell gesichert sein.

354 Mehr Demokratie in den Bezirken

355 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Deshalb wollen wir die
356 nötige Flexibilität für die Bezirksämter sichern, ihre Struktur nach politischen
357 Schwerpunktsetzungen selbstständig festzulegen. Gleiche und starre Geschäftsbereiche in
358 allen Bezirken lehnen wir ab. In Zukunft wollen wir die lokale Demokratie stärker mit Leben
359 füllen. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen
360 Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo
361 eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk
362 als „politisches Bezirksamt“ einführen und damit die „Einheitsgemeinde Berlin“ in ihrer
363 dezentralen Verantwortung stärken. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche
364 Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen. Mehr Demokratie bedeutet auch, das
365 bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen
366 die BVVen nur in einigen Bereichen über Entscheidungsrechte und können überall sonst

367 lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse
368 mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten,
369 auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst
370 des Abgeordnetenhauses.

371 Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Lokale Partizipation soll
372 durch Bürger*innenräte und Bürger*innen-Haushalte dauerhaft etabliert werden. Dazu wollen
373 wir gemeinsam mit Wissenschaftler*innen die verschiedenen Ansätze evaluieren und jeweils
374 passende Formate in allen Bezirken etablieren.

375 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen
376 stark aufgebaut. Dies wollen wir fortsetzen, bis auch die Lücken der Vergangenheit
377 geschlossen sind. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene
378 übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.
379 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die
380 Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

381 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

382 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

383 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine
384 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem
385 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in
386 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass
387 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische
388 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen
389 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller
390 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grundstücke für soziale,
391 kulturelle und grüne Infrastruktur und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur
392 noch als Erbbaurechte.

393 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

394 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,
395 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.
396 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für
397 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
398 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
399 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin
400 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
401 Entscheidungsfindung ein. Gleichzeitig ermutigen wir die Verwaltungen, neue Konzepte und
402 Technologien zu erproben und umzusetzen.

403 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

404 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
405 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und lückenhaften, unklaren Zuständigkeiten. Für uns
406 gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei
407 sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer
408 einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen
409 Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres
410 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben
411 und Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir
412 auch die Modernisierung der Stadt.

413 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

414 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
415 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
416 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
417 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
418 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
419 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den
420 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
421 werden.

422 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

423 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
424 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
425 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
426 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
427 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
428 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.